Bezugspreis

für Halle vierteljährlich 2,50 M., bei zweimaliger Zustellung 2,75 M., durch die Post 3,25 M., ausschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen.
Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis unter „Saale-Zeitung" eingetragen

Für unverlangt eingehende Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.
Nachdruck nur mit Quellenangabe: „Saale-Ztg." gestattet.

Fernsprecher der Leitung Nr. 2535; der Redaktion Nr. 2532; Geschäftsstelle Nr. 176; Nebengeschäftsstelle (Markt 24) Nr. 2265.

Saale-Zeitung.

Neununddreißigster Jahrgang.

Anzeigen

werden die Spaltenzeile oder deren Raum mit 30 Pfg., solche aus Halle mit 20 Pfg. berechnet und in der Geschäftsstelle, von unseren Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Reklamen die Zeile 75 Pf.

Erscheint wöchentlich zwölfmal; Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich.

Schriftleitung und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Gr. Brauhausstraße 17, Nebengeschäftsstelle: Markt 24.

Nr. 134. Halle a. d. Saale, Montag, den 20. März **1905.**

Der nahende Frühling

bringt in diesem Jahr noch keine Vorboten des Friedens und der Ruhe in der inneren oder äußeren Politik! Im fernen Osten dauert das blutige Völkerringen mit sich steigernder Furchtbarkeit an und wirft seine Schatten über das in seinen Fundamenten erzitternde moskowitische Reich hinaus auf die ganze Welt. Die Redeschlachten in unseren Parlamenten lassen gleichfalls noch immer kein Ende absehen und berühren im bunten Durcheinander alle Zeitfragen und Lebensinteressen unseres Volkes. Wer könnte bei solcher Fülle der Ereignisse und Erörterungen eine sorgfältig die Nachrichten sichtende Tageszeitung entbehren? Wer mit der Zeit geistig fortschreiten will, muß eine Tageslektüre wählen, die nicht lediglich nach Sensation strebt, sondern sich bemüht zeigt, ein tieferes Interesse für alle politischen und wirtschaftlichen Fragen wachzuerhalten, die Freude an allem Schönen zu wecken, mit Schnelligkeit, Kürze und richtigem abgeklärten Urteil über alle Fragen des öffentlichen Lebens erschöpfend zu unterrichten. Ein solches Blatt ist die

„Saale-Zeitung",

die, wöchentlich zwölfmal, auch Sonn- und Feiertags erscheint und den Vergleich mit der vielfach über Gebühr gewürdigten reichshauptstädtischen Presse aushält.

Sie unterwirft alle auftauchenden Fragen in Staat, Stadt und Provinz einer freimütigen, selbständigen Besprechung und berichtet zuverlässig aus allen Teilen des Reiches und der ganzen Welt alle wichtigen Ereignisse auf schnellstem Wege.

Man erfährt durch die Morgenausgabe der „Saale-Zeitung" stets zuerst die noch nachts und in den frühesten Morgenstunden eingehenden wichtigen Nachrichten.

Besonders sei auf den seit dem Herbst vorigen Jahres ganz beträchtlich erweiterten **Handelsteil**, der die wichtigeren Kurse der Berliner und Leipziger Börse bereits in der Abend-Ausgabe, früher als die dortigen Blätter selbst, bringt, hingewiesen.

Die tägliche Unterhaltungsbeilage der Saale-Zeitung zeichnet sich durch ihre literarisch wertvollen Romane seit Jahren aus. Auch die im kommenden Quartal erscheinenden Romane werden das Interesse der Leser im höchsten Grade in Anspruch nehmen. Zunächst gelangt zum Abdruck:

Der Deserteur

von **Otto Elster.**

Ein Werk, aus der Zeit unmittelbar nach dem deutsch-französischen Kriege, voll erschütternder Konflikte, das nach Inhalt und Form zu dem Besten gehört, was der bewährte Romanschriftsteller je geschaffen hat. Ihm schließt sich an

Frau Trost

von **C. von Dornau**

ein sorgfältig ausgefeilter, frisch und anmutig geschriebener Roman, der namentlich bei der Frauenwelt großen Anklang finden wird.

Der vierteljährliche Abonnementspreis für die „Saale-Zeitung" mit Einschluß sämtlicher Beiblätter beträgt bei allen Kaiserlichen Postanstalten 3,25 Mark, bei unseren Geschäftsstellen 2,50 Mark bei täglich einmaliger, 2,75 Mark bei zweimaliger Zustellung.

Neu hinzutretende Abonnenten erhalten die Saale-Zeitung bis zum Schluß des Quartals kostenfrei geliefert.

Probenummern werden an jede aufgegebene Adresse von Interessenten bereitwilligst versandt.

Verlag der Saale-Zeitung.

Aus dem Lande der Zünfte.

Die Begeisterung für die Einführung des Befähigungsnachweises für alle, die ein Handwerk betreiben wollen, hat in Deutschland in neuester Zeit erheblich nachgelassen, wenn auch in den Versammlungen der Zünftler die alte Forderung noch immer aufrecht erhalten wird. Auch die Reichsregierung hat keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie für den allgemeinen Befähigungsnachweis nicht zu haben ist. Im Reichstage wird sie nicht mehr gedrängt, dem zünftlerischen Verlangen nachzukommen, nur der Befähigungsnachweis für die Baugewerbe wird dort noch mit dem Eifer vertreten wie früher. Auch die Lobredner der alten Zunftherrlichkeit haben sich der Erkenntnis nicht verschließen können, daß die Rückkehr zu den Einrichtungen vergangener Zeiten angesichts der modernen gewerblichen Entwickelung dem Handwerke mehr Schaden als Nutzen bringen werde.

In Oesterreich ist man zu dieser Erkenntnis noch nicht gekommen. Das dort geltende Gewerbegesetz hat mit seinen Zwangsgenossenschaften und seinem Befähigungsnachweis die gewerbliche Entwicklung nicht gefördert, sondern gehemmt. Man beklagt dort den Mangel an Unternehmungsgeist, die Rückständigkeit vieler Branchen, die immer größer werdende Schwierigkeit, mit dem Auslande zu konkurrieren, und kann oder will nicht einsehen, daß außer der die gewerbliche Tätigkeit unterdrückenden Steuergesetzgebung gerade die Verhinderung der freien Entfaltung der Befähigung und des Intellektes der Gewerbetreibenden durch das Gewerbegesetz die ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse verschuldet. Wenn die dortigen Handels- und Gewerbekammern in jeder Sitzung Dutzende von Gutachten über die Abgrenzung der einzelnen Handwerke voneinander und die Zuweisung neu entstehender Betriebe zu dieser oder jener Zwangsgenossenschaft erstatten müssen, so können sie eine Wirtschaftspolitik großen Zuges nicht verfolgen. Immer mehr verrennt sich Oesterreich auf dem falschen Wege, den es eingeschlagen hat. So liegt gegenwärtig dem Reichsrat eine Novelle zum Gewerbegesetze vor, die neue Erschwerungen des Gewerbebetriebes bringt. Wohin man gelangt, wenn man veraltete Institutionen, wie den Befähigungsnachweis, wieder ins Leben zurückführt, mag man aus einer Bestimmung der österreichischen Gewerbegesetznovelle ermessen. In § 13 des Entwurfs heißt es:

„Bei der Anmeldung des Kleidermachergewerbes durch Frauen ist in jedem Falle der Nachweis der ordnungsmäßigen Beendigung des Lehrverhältnisses zu erbringen. Im Verordnungswege kann durch den Handelsminister im Einvernehmen mit dem Minister für Kultus und Unterricht verfügt werden, daß dieser Nachweis durch ein Zeugnis über den mit Erfolg zurückgelegten Besuch bestimmter gewerblicher Unterrichtsanstalten, in welchen eine praktische Unterweisung und sachgemäße Ausbildung im Kleidermachergewerbe erfolgt, ganz oder teilweise ersetzt wird."

Der Befähigungsnachweis für die Kleidermacherinnen ist schon in dem jetzt geltenden Gewerbegesetz vorgeschrieben, doch ist es dem Ermessen der Magistrate und Bezirkshauptmannschaften überlassen, wie sie ihn geführt wissen wollen. „Wenn bisher" — so schreibt die Wiener „N. Fr. Presse" — „eine Frau einen Modesalon eröffnen wollte oder auch im kleinen Verhältnisse entweder allein oder gemeinsam mit einigen Näherinnen das Kleidermachen betrieb, war die Ausübung dieses Gewerbes nur insofern an die Bedingung eines Befähigungsnachweises geknüpft, als derselbe nicht streng formell durch den Nachweis der Erlernung und der praktischen Ausübung wie bei allen handwerksmäßigen Gewerben erbracht werden mußte, sondern es blieb der freien Würdigung der Gewerbebehörde überlassen, in jedem einzelnen Falle zu beurteilen, ob der Befähigungsnachweis durch andere Umstände erbracht sei, so beispielsweise durch das Zeugnis von Damen, in deren Hause die Kleidermacherin als Hausnäherin beschäftigt war, oder durch ein kurzes Verwendungszeugnis in einem gewerblichen Betriebe." Durch den neuen Gesetzentwurf soll in jedem Falle, auch von Schneiderinnen, die im Hause ihrer Kunden, heute hier, morgen dort, arbeiten, die ordnungsmäßige Beendigung des Lehrverhältnisses nachgewiesen werden. Tausenden von Frauen und Mädchen, die sich und die Ihrigen durch ihrer Hände Arbeit redlich ernähren, würde mit einem Male die Möglichkeit, ihrem Gewerbe weiter nachzugehen, entzogen werden, wenn die Bestimmung Gesetz werden würde.

Die deutsche Gesetzgebung würde bald zu denselben oder ähnlichen Bestimmungen gelangen, wenn sie den zünftlerischen Tendenzen Folge leisten würde. ≌

Deutsches Reich.

Hof- und Personalnachrichten.

— Prinz Heinrich von Preußen ist Sonnabend nachmittag im Automobil in Hamburg eingetroffen, um an einem abends stattfindenden Liebesmahl des ostasiatischen Vereins teilzunehmen.

— Der Großherzog und die Großherzogin von Hessen sind am Sonnabend nachmittag aus Petersburg wieder in Darmstadt eingetroffen.

Nachtrags- und Ergänzungsetats für 1904 und 1905.

Dem Reichstage sind ein 3. Nachtragsetat für 1904 und ein Ergänzungsetat für 1905 zugegangen. Der **3. Nachtragsetat für 1904** fordert die Summe von **27,353,000 M.**, die im Wege des **Kredits** flüssig zu machen ist. Für die geforderte Summe wird um Indemnität ersucht.

Im einzelnen fordert der Nachtragsetat 90,000 M. für außerordentliche Hilfskräfte beim Auswärtigen Amt (Kolonialverwaltung), zu Reisekosten, Telegrammgebühren usw., da sich infolge erneuter Truppennachschübe, Beurlaubung und Invalidisierung der heimkehrenden Krieger die Mehrarbeiten sich andauernd häufen. Die Bearbeitung der Aufstandsangelegenheiten hat die Beamten oft genötigt, auch des Nachts zu arbeiten, dafür sollen sie extra belohnt werden; die Telegrammgebühren, darunter Verlustlisten, betragen allein 60,000 M.

Weiter werden gefordert 27,255,000 M. zur Bestreitung der Ausgaben anläßlich des Aufstandes und zwar im einzelnen für die Verstärkung der Schutztruppe 25,100,000 M. Zur Wiederherstellung der Eisenbahn Swakopmund-Windhuk, 5. Rate, 1,900,000 M. Zu Beihilfen für Beamte, Militärpersonen und deren Hinterbliebene für Materialverluste 25,000 M. Zur Unterstützung der durch den Witboiaufstand im Süden der Kolonie vertriebenen Ansiedler 50,000 M. Zur Beschaffung von Trinkwasser in Lüderitzbucht und zur Steigerung der Wasserversorgung in Swakopmund 175,000 M. Zur Herstellung einer Wasserleitung in Windhuk, 1. Rate, 65,000 Mark. (In Windhuk, dem Sammelpunkte der Flüchtlinge, dem Sitze des Hauptlazaretts fehlt frisches Wasser, um dem Typhus wirksam entgegentreten zu können.)

Die Hauptforderung (25,100,000 Mark für die Schutztruppe) gliedert sich wieder wie folgt:

1. Truppennachschübe wie IV. Bataillon 2. Feldregiments, Funkentelegraphen-Abteilungen, Etappen-Formationen an Stelle der zurückgezogenen Marineteile, 4. Etappen-Kompagnie zur Bewachung für die in Konzentrationslagern gefangengehaltenen Aufständischen;
2. Sanitäts- und Lazarettformationen,
3. Ergänzungstransporte, die alle zwei Monate hinzusenden sind, in der Stärke von 8 Leutnants, 12 Unteroffizieren, 180 Mann, sowie 10 Aerzten, 40 Sanitätsmannschaften, zusammen 250 Mann;
4. Besoldungen, Ausrüstung, Transportkosten, Depeschenboote und Errichtung von Denkmälern für gefallene Schutztruppler (für letzteres 2000 M.). Dies sind in großen Zügen die Hauptpunkte. Weiter werden gefordert 256,000 M. zum Invalidenfonds, da im letzten Quartal des Rechnungsjahres 1904 die Gewährung von Veteranenbeihilfen stärker in Anspruch genommen worden ist. Die Summe wird durch Matrikularbeiträge gedeckt.

Der Ergänzungsetat für 1905 fordert im ordentlichen Etat 907,692 Mark zu decken durch Matrikularbeiträge und im außerordentlichen Etat **34,257,500 Mark** zu decken im Wege des Kredits durch eine Anleihe. Im ordentlichen Etat werden gefordert:

1. Zum Etat des Reichsamt des Innern für die biologische Anstalt für Land- und Forstwirtschaft zu persönlichen Ausgaben 960 Mk. (Gleichstellung der Beamten der Anstalt im Gehalte mit denen des Reichsgesundheitsamtes) und für den neuen Präsidenten der physikalisch-technischen Reichsanstalt eine Gehaltszulage von 5000 Mk., sodaß sich sein Gehalt auf 15,000 Mk. erhöht.

2. Zum Etat des auswärtigen Amtes 160,000 Mk. zur Errichtung einer Sommerwohnung für den Gesandten in Teheran (im Etat selbst wurden die Kosten zur Erwerbung des Grundstücks bereits bewilligt) und 723,732 Mk. für Verwaltungsausgaben für Kamerun, darunter 400,528 Mk. zur Verstärkung der Kameruner Schutztruppe um 7 Offiziere, 3 Aerzte, 2 Beamte, 12 Unteroffiziere, 2 Kompagnien mit Maschinengewehrausrüstung (die Kompagnien bestehen aus Farbigen 12 Unteroffiziere, 238 Mann), im ganzen also eine Verstärkung 277 Mann. (Angekündigt in der Sitzung vom 18. März. Grund der Verstärkung: drohende Unruhen), der Rest wird gefordert für Lazarett- und Kasernenbauten, Ausrüstung 2c.

3. Zum Marineetat 15,000 Mk. zur Aufstellung eines zweiten Bauentwurfs für ein Marineschulgebäude in Murwik bei Flensburg (im eigentlichen Etat kürzlich abgelehnt), 3000 Mk. für Instandsetzung eines für den Admiralstab zu ermietenden Dienstgebäudes, 1. Rate (Grund: Die bisherigen Geschäftsräume reichen nicht aus, um einer weiteren Zersplitterung vorzubeugen, soll der ganze Admiralstab in der Königgrätzerstraße untergebracht werden, der Mietspreis beträgt 41,000 Mk. jährlich, das Haus ist auf 10 Jahre gemietet, muß aber renoviert werden, die Kosten der Renovierung betragen 25,000 Mk., die wichtigsten Aenderungen müssen gleich vorgenommen werden).

Der außerordentliche Etat des Ergänzungsetats fordert im einzelnen: für außerordentliche Hilfskräfte in der Kolonialcentralverwaltung 50,000 M. (Gründe die gleichen wie beim 3. Nachtragsetat) 790,000 Mark für Ausgaben der Post- und Telegraphenverwaltung in Südwestafrika (Feldpost, Unterhaltung der Post- und Telegraphenverbindungen), 33,417,500 M. für Bestreitung der Ausgaben anläßlich des Aufstandes in Südwestafrika. Hierbei sind folgende Einzelforderungen aufgeführt: 32,600,000 M. für die nach dem 1. April 1905 hinauszusendenden Nachschübe, 600,000 Mark zur Wiederherstellung der Eisenbahn Windhuk-Swakopmund, 6. Rate, 187,500 M. zur Beschaffung von Trinkwasser in Lüderitzbucht und Swakopmund, 60,000 M. zur Herstellung einer Wasserleitung in Windhuk, 2. Rate (Grund beim 3. Nachtragsetat angegeben).

Im ganzen werden gefordert in beiden vorliegenden Etats **61,610,500 M.** zu decken durch Anleihen und **1,163,692 M.** zu decken durch Matrikularbeiträge. Die 61,610,500 M. sind ausschließlich für Südwestafrika zu bewilligen.

Aus Südwestafrika.

Nach Meldung des Generals v. Trotha vom 18. März steht Oberst Deimling mit den vereinigten Abteilungen Kampz und Koppy bei Nurudas und säubert zunächst das Gebirge. Eine Kompagnie und zwei Geschütze sind zur Abteilung Kirchner nach Kosis entsandt. Major v. Lengerke, mit dem Oberst Deimling durch eine Offizierpatrouille die Verbindung hergestellt hat, steht bei Kouchanas und hatte bis zum 12 März morgens noch keine Berührung mit dem Gegner.

Parlamentarisches.

— Ob die Novelle zum Landtagswahlgesetz zur Teilung der großen Wahlkreise dem Landtag noch in dieser Session zugehen wird, ist nach der „Deutsch. Tagesztg." sehr fraglich, da man neuerdings in Regierungskreisen der Auffassung zuneige, daß es zweckmäßiger sein würde, den Landtag unmittelbar vor seinem Schluß nicht mehr mit einer derartig schwierigen und umstrittenen Vorlage zu befassen.

— Abg. Brömel hat einen vierwöchigen Urlaub wegen Krankheit angetreten.

— Der Abg. v. Buch, Vertreter von 3. Potsdam, hat sein Mandat im Abgeordnetenhause wegen seiner Berufung ins Herrenhaus niedergelegt.

Politisches.

— Der Vorstand und Ausschuß des Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen und der nordwestlichen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller faßte in Düsseldorf den Beschluß, den Landtag um Ablehnung der Berggesetznovelle zu ersuchen.

Kirche und Schule.

— Ueber den jetzigen „Friedenszustand" an der Technischen Hochschule in Hannover berichten die „Akademischen Blätter", Zeitschrift des Kyffhäuser-Verbandes der Vereine Deutscher Studenten, in Nr. 24 vom 16. März folgendes:

In der Friedenskommission hat Prof. Launhardt die Zusicherung gemacht, daß Hannover einen Ausschuß ohne konfessionelle Korporationen bekäme, und diesen sei die Bildung eines eigenen Ausschusses empfohlen. Ein prozentualer Beitrag aus der Ausschußkasse sollte ihnen dann überwiesen werden. — Es besteht die Absicht, die jetzigen Vertrauensmänner (Remy, Zimmermann, Jakoby, Janke, Hücking) als provisorischen Ausschuß so lange bestehen zu lassen, bis die Friedenskommission sich über die neuen Ausschußsatzungen geeinigt hat. Den Vorschlag des Rektors, den alten Ausschuß mit den alten Satzungen wieder in Kraft zu setzen, hat die Studentenschaft abgelehnt. Ueberhaupt ist jede Verhandlung mit dem jetzigen Rektor abgelehnt, man will nur mit Prof. Launhardt zu tun haben.

Diese Mitteilungen sehen nicht gerade nach Frieden aus.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19050320011/fragment/page=0001

Preußischer Haus- und Grundbesitzertag.

I.

[Nachdruck verboten.]

bg. Berlin, 18. März. Der diesjährige Preußische Haus- und Grundbesitzertag, der heute abend mit einer zwanglosen Begrüßung beginnt, tagt zum ersten Male losgelöst vom Deutschen Haus- und Grundbesitzerverbande, der in Bayern zusammentreten will. Der Vorsitzende, Justizrat Dr. Baumert aus Spandau, geht in seinem dem Verbandstage vorgelegten Jahresberichte auf eine Reihe Fragen von allgemeiner Bedeutung ein. Er erwähnt zunächst den Wohnungskongreß und meint, daß dort von neuem festgestellt worden sei, daß das Privateigentum am Grund und Boden und den Gebäuden kein Hindernisgrund für eine ausreichende Befriedigung des Wohnungsbedürfnisses ist, und daß die Wohnungsverhältnisse auch ohne die Eingriffe des Staates und der anderen öffentlichen Körperschaften in beständiger Besserung begriffen sind. Der Verbandsvorsitzende hat sich auch an der Debatte beteiligt und dabei besonders auf die Notwendigkeit hingewiesen, den Klein-Wohnungsbau und die Einsiedlung von kleinen Häusern durch die Schaffung von Pfandbriefinstituten zu fördern und dies besonders auch als eine Aufgabe der Landesversicherungsanstalten bezeichnet. — Um auch fernerhin mit dem „Deutschen Verein für Wohnungsreform", der aus dem Verein „Reichswohnungsgesetz" entstanden ist, in Fühlung zu bleiben zwecks gemeinsamer Arbeit in der Wohnungsfrage, beantragte der Preußische Landesverband seine Aufnahme in den Verein. Dieser Antrag ist durch Schreiben vom 27. Oktober 1904 abgelehnt worden mit der Begründung, daß sich der Vorstand des Deutschen Vereins für Wohnungsreform nicht davon zu überzeugen vermöge, daß seine Ziele und die des Verbandes genügend übereinstimmen. — Damit fehlen die Bestrebungen, welche schon früher von verschiedenen Seiten hinsichtlich der „Unparteilichkeit und Sachlichkeit" des Vereins für Wohnungsreform geäußert wurden, als zutreffend bestätigt worden. Es werde der Hausbesitz als unwürdig angesehen, an der Besserung der Wohnungsverhältnisse mitzuarbeiten. Die Mietervereine seien jedoch für würdig befunden, am Vereine für Wohnungsreform mitzuarbeiten, als ob das „Mietshaus" das einzige Ideal für die Lösung der Wohnungsfrage" sein könnte! — Sei auch einerseits zu erwarten, daß bei einer so „einseitigen" Stellungnahme sich die weitere Arbeit des Vereins für Wohnungsreform als „unfruchtbar" erweisen werde, so schließe das andererseits nicht aus, daß dieser Verein „für den Privathausbesitz nachteilige und die Allgemeinheit nicht fördernde" Maßregeln veranlassen oder begünstigen könne. Deshalb erscheine es um so mehr geboten, daß die Organisation des städtischen Grundbesitzes „noch straffer, einheitlicher und lückenloser" wird. — Durch Verbandskundgebung vom 5. Sept. seien die angeschlossenen Vereine gebeten worden, die Zahl der Wohnungen anzugeben, welche bei Annahme des Wohnungsgesetzes mit Rücksicht auf Artikel 4 § 4 Punkt 2 unvermietbar werden würden. Darauhin sind leider nur von folgenden Vereinen die nachstehend mitgeteilten Angaben gemacht worden: Breslau 50- bis 60,000 Wohnungen, Halle 22,000, Magdeburg 30,000, Altdamm 1570, Crossen 178, Prenzlau 24, Küstrin 80 Proz., Görlitz 20 Proz. aller Wohnungen.

Bekanntlich habe die evangelische Generalsynode einen

Kirchensteuer-Gesetzentwurf

angenommen, der von der Regierung genehmigt und nunmehr dem Landtage zur Beschlußfassung unterbreitet worden sei. Nach diesem Entwurf ist es zulässig, die Kirchensteuer nicht nur wie bisher in Form von Zuschlägen zur Staatseinkommensteuer, sondern auch als Zuschlag zu den Realsteuern, insbesondere der Gebäudesteuer zu erheben. Die Annahme dieses Gesetzes durch den Landtag würde eine „neue im höchsten Grade ungerechte steuerliche Voranstellung des städtischen Hausbesitzes" herbeiführen. Sei schon die heutige Gebäudesteuer veraltet und unhaltbar, so erscheine es umsomehr ungerecht, nun auch noch die Kirchensteuer danach zu erheben. — Nun sei die Vorlage trotzdem vom Herrenhaus angenommen worden; jedoch steht fest, daß die Annahme der Resolution des Grafen von Mirbach-Sorquitten, wonach Realsteuern nur ausnahmsweise und in geringem Umfange herangezogen werden sollen, lediglich auf den lebhaften Protest des Hausbesitzes zurückzuführen sei.

Der Mangel an Uebereinstimmung, der in Haus- und Grundbesitzerkreisen in der Steuerfrage herrscht, und die Reformversuche einzelner Staaten und Gemeindeverwaltungen, insbesondere die Absicht, eine Konjunkturgewinnbesteuerung einzuführen, hätten es anzeigt erscheinen lassen, die Steuerfrage auf dem Landesverbandstage zu behandeln. — Der Bund deutscher Bodenreformer habe unterm 6. September eine Petition, welche sich gegen die Belehnungen von unbebautem Boden durch die Hypothekenbanken ausspricht, übereicht und den Landesverband ersucht, diese Petition zu unterstützen. Wenn auch das Vorgehen der Bodenreformer gegen die Hypothekenbanken dem Hausbesitz nicht unerwünscht sein könne, so seien etwas Besseres angestrebt werde, so erscheine es doch geraten, sich dem Vorgehen der Bodenreformer vorläufig nicht anzuschließen. Deren Ziele und die des Hausbesitzes gingen doch zu weit auseinander, und die Bestrebungen des städtischen Hausbesitzes seien häufig einer „nur zu wenig berechtigten, ganz unsachlichen Kritik seitens dieser Partei" ausgesetzt. — Die Haus- und Grundbesitzervereine sollten noch mehr zur Gründung von Kreditgenossenschaften veranlaßt werden. — Eine Gelegenheit zu weiterem Ausbau der eigenen Versicherung für Hausbesitzer würde sich besonders auch auf dem Gebiet der Wasserleitungsschädenversicherung bieten. Es dürfte für die leistungsfähigeren Haftpflichtversicherungsvereine durchaus nicht schwierig sein, auch dieses Gebiet der Versicherung mit hinzunehmen. — In die Mittelstandsvereinigung sei Justizrat Dr. Baumert als Vorstandsmitglied gewählt worden. Dem Preußischen Landesverband seien seit dem letzten Verbandstage 12 Vereine neu beigetreten.

Deutscher Reichstag.

(Eigener Bericht der „Saale-Zeitung".)

(Nachtrag zum Fernsprechbericht in der Sonntagsnummer.)

167. Sitzung vom 18. März. 1 Uhr.

Das Haus ist schwach besetzt.

Am Bundesratstisch: Dr. Stuebel u. a.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Kolonial-Etats.

Die Beratung beginnt beim Etat für das **ostafrikanische Schutzgebiet**. Hier hat die Kommission an dem Kapitel „Für Banten" 150,000 M. gestrichen und anstatt der geforderten 210,000 M. nur 60,000 M. bewilligt.

Abg. **Erzberger** (Ztr.) wünscht einen **Lehrstuhl für Kolonialrecht** an einer deutschen Universität, am besten in Berlin. Redner erörtert dann das **Münzwesen** in Ostafrika und die neugeschaffene **Ostafrikanische Bank**. Bekanntlich sei es, daß dies alles **ohne Zustimmung, ja ohne Anhörung des Reichstags** zustande gekommen sei. Man möge doch im Zukunft den Reichstag so behandeln, wie es dessen Stellung entspräche. Sonderbar sei es auch, daß man dort nicht die Reichswährung, sondern **eine ganz eigene Währung, Rupien und Heller**, eingeführt habe; es wäre doch besser, wenn man gleich die Reichswährung anstatt dieser halb indischen Währung eingeführt hätte. Hoffentlich sei diese Währung keine definitive. Großes Bedenken erregt auch die Regelung der Bankfrage; man hat der Ostafrikanischen Gesellschaft **ohne jede Gegenleistung das Privilegium auf 30 Jahre verlängert**. Weit besser wäre es doch gewesen, wenn man auch hier die Reichsbank hätte in Aktion treten lassen. Der Reichstag müßte überhaupt in allen Kolonialfragen weit mehr mitsprechen, jetzt sei er nur eine reine Geldbewilligungsmaschine. Ferner müßten die **subventionierten Linien** die Interessen der deutschen Kolonien mehr berücksichtigen; jetzt müßten höhere Frachten nach den deutschen Kolonien als nach den portugiesischen Häfen bezahlt werden. Die Subventionen müßten dem Kolonialamt unterstellt werden und nicht wie jetzt dem Reichsamt des Innern.

Kolonialdirektor Dr. **Stuebel** legt die Grundsätze dar, nach welchen unser Kolonialrecht geschaffen worden. Hier sei oft große Eile nötig und **der Reichstag habe nicht die Zeit**, sich eingehend um diese Materien zu kümmern. Lehrstühle für Kolonialrecht würden geschaffen, wenn der Reichstag die Mittel dazu bewilligen werde. Zu der Frage der Neuregelung des Münzwesens und der Schaffung der ostafrikanischen Bank habe man nicht in die Rechte des Reichstags eingegriffen, es hätten Rechte vorgelegen, deren Abwägung sich die Kolonialverwaltung zum Verdienst anrechnen müsse. Ob es sich hier um ein Provisorium oder ein Definitivum handle, diese Frage könne er nicht beantworten, jedenfalls würde durch die jetzige Regelung die Einführung der Markwährung erleichtert. Die Vorwürfe des Abg. Erzberger seien also unberechtigt.

Geheimrat **Hellfurth** rechtfertigt ebenfalls die Haltung der Regierung. Die beiden Verträge seien so schnell als es nur möglich war dem Reichstage zugegangen. Eine Mitwirkung des Reichstages in diesen Fragen sei nicht vorgesehen und praktisch unmöglich. Die Rupien hätten wir beibehalten müssen, weil die Eingeborenen sich daran gewöhnt hätten und hinter einer Aenderung der Währung vielleicht feindliche Maßnahmen gewittert hätten. Dies wäre unseren Interessen nur schädlich gewesen. Eine übersteigerte Fülle der Reichsbank sei aus technischen Gründen nicht durchführbar gewesen.

Geheimrat **Seitz** erörtert die Frage der Frachtsätze nach unseren Häfen. Die Höhe der Frachtsätze richte sich nach der Art der Häfen und nach der Sicherheit der Landung. Immerhin seien die Sätze unserer direkten subventionierten Linien 10 bis 15 Proz. billiger als bei dem Durchgangsverkehr.

Abg. Dr. **Paasche** (nl.): Bei der Geschäftslage des Hauses will ich auf längere Ausführungen verzichten, obwohl ich auch eine Masse Material habe. Auf Grund dieses meines Materials komme ich aber zu einer ganz anderen Beurteilung unserer Kolonialpolitik als der Abg. Erzberger. Ich glaube, zu **so scharfen Angriffen liegt keine Veranlassung vor**. Im Gegenteil, in unseren Kolonien sind schon zahlreiche Keime einer gesunden Entwicklung gelegt, die hoffentlich reiche Früchte tragen werden. Mit der Einführung der Rupienwährung bin ich einverstanden, ebenso mit der Gründung der ostafrikanischen Bank. Es geht nicht an, einfach die Verhältnisse der Reichsbank auf die Kolonien zu übertragen; in den Kolonien mit ihrem geringen Verkehr muß **der frei wagende Kaufmann** wirken. Außerdem ist doch das Reich an dem Erträgnis der Bank beteiligt. Das Notenmonopol mußte man der Bank geben, sonst würden wir wieder eine Zersplitterung der Noten bekommen, wie wir sie in Deutschland hatten. Wir können mit der Entwicklung der Dinge **sehr zufrieden** sein, hoffentlich wird sie von Segen für unsere Kolonien sein. Einem Lehrstuhl für Kolonialrecht kann ich nicht solche Bedeutung beimessen wie Herr Erzberger, auf juristische Spitzfindigkeiten kommt es weniger an als auf praktische Tätigkeit.

Abg. Dr. **Südekum** (Soz.): Wir stehen bezüglich der Kolonien noch immer auf demselben Standpunkt. Unerwähnt werden müssen wir uns **gegen die Begünstigung des Großkapitals** bei den Kolonien; hat sich doch schon ein wahrer **Kolonial-Kapitalismus** herausgebildet. Die Großkapitalisten ziehen jetzt schon Millionen, direkt oder indirekt, aus den Kolonien. Denken Sie nur daran, was z. B. Woermann **an den Truppentransporten verdient** hat! Doch sicherlich tausendmal mehr, als die Summe beträgt, mit der er sich an den Kolonien beteiligt hat. Unsere Kolonialverwaltung hat bisher noch stets versagt, den südwestafrikanischen Aufstand hätte sie voraussehen müssen und hat es nicht getan. Und allem Anschein nach **droht** jetzt auch in **Ostafrika ein Aufstand**, darauf deuten alle Anzeichen hin.

Abg. Frhr. v. **Richthofen** (kons.): Ich nehme an, daß wir bei diesem Etat nur in der sachlichsten Voraussetzung so eingehend debattieren, daß wir bei den anderen Kolonien schweigen. Die Verhältnisse in Südwestafrika können wir am besten bei dem Nachtragsetat besprechen, der in wenigen Tagen kommen wird. Ich halte es aber für meine Pflicht, hier auf die Taten unserer **tapferen Truppen** hinzuweisen, die sich in Südwestafrika unter den schwierigsten Verhältnissen so hervorragend tapfer geschlagen haben. (Beifall.) Wir haben nun einmal Kolonien, und meine Freunde sind bereit, alles zu bewilligen, was für die Kolonien nötig ist zur gedeihlichen Weiterentwicklung namentlich auf dem Gebiete der Eisenbahnen.

Abg. Dr. **Arendt** (Rp.) findet nicht, daß in **Ostafrika** mit einer **ernsten Aufstandsgefahr** zu rechnen ist. Immerhin zeigt die Bemerkung des Abg. Dr. Südekum, von welch ausschlaggebender Bedeutung der Eisenbahnbau für Deutsch-Ostafrika ist. Daß der Abg. Südekum über die guten Geschäfte des Kapitals in Afrika klagte, zeige doch, daß in den Augen der Sozialdemokraten die wirtschaftliche Entwickelung der Kolonien nicht mehr so schlecht sein kann, wie ehemals, als die Sozialdemokraten das Kapital vor den Kolonien warnten und „Taschen zu!" riefen. Leider hat Dr. Südekum noch keineswegs recht, **mit den guten Geschäften** der Gesellschaften in Afrika hat es **vorläufig noch gute Weile**. Doch hoffe ich zuversichtlich auf die Zukunft. Die Bedeutung der Kolonien ist zweifellos im Wachsen begriffen. Vor allem muß ihre Selbstverwaltung gekräftigt werden: das ist die erste Bedingung für gutes Gedeihen. Daß man der **Hamburg-Amerika-Linie** in Sachen des Tarifs möglichst **auf die Finger sieht**, dafür bin ich auch. In der Münzfrage bin ich anderer Ansicht, als Herr Paasche. Wir haben die **Rupienwährung keineswegs sanktioniert**, wir sprechen ja heute zum ersten Male darüber. Und da muß ich dem Abg. Erzberger recht geben: es wäre viel besser, wenn wir die Reichswährung dort hätten. Auf jeden Fall ist das jetzige System ganz verkehrt, daß man de facto eine neue Münze einführt hat, die zwar Rupie heißt, tatsächlich aber einen ganz anderen Wert hat als die indische Rupie. Die neue Rupie hat auf keinen Fall einen Zweck. Und dieses überflüssige Uebergangsstadium erleichtert nicht etwa, sondern erschwert gerade die Einführung der Reichswährung. In der **Bankfrage** kann ich Herrn Erzberger nicht bestimmen. Die Reichsbank wäre dort nicht am Platze. Eine andere Frage ist es, ob man nicht dort ein **staatliches Bankinstitut** hätte einrichten können. Hätten aber gerade die Freunde des Herrn Erzberger einer solchen Vorlage zugestimmt? (Erzberger ruft: Ja!) So? Nun, das wird man sich an den maßgebenden Stellen wohl ad notam nehmen.

Abg. **Erzberger** (mail.) hat sich über die Rede des Abg. Paasche sehr gewundert: er (Erzberger) soll die Kolonien scharf kritisiert haben? Keine Spur! Im Gegenteil, er habe seine abweichende Meinung nur im Interesse der Kolonien zum Ausdruck gebracht. Herr Paasche sei ja päpstlicher als der Papst.

Hiermit schließt die Diskussion. Der Etat für **Ostafrika** wird nach den Vorschlägen der Kommission **bewilligt**.

Beim Etat für **Kamerun** führt

Kolonialdirektor Dr. **Stuebel** aus: Ich habe vor einigen Tagen ein Telegramm des Gouvernements aus Kamerun erhalten, worin er mir mitteilt, daß sich dort eine **gewisse Unruhe** zeigt. Die den betreffenden Landesstellen zur Verfügung stehenden Truppen werden nicht für ausreichend gehalten, um Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten. Ebensowenig wird es für angezeigt erachtet, auf anderen Stationen stehende Abteilungen hinweg zu nehmen. Er verlangt daher eine **Vermehrung der Schutztruppe um zwei Kompagnien**. Die Maßregel wird als **sehr dringend** bezeichnet, da die Kolonialverwaltung die Verantwortung nicht übernehmen kann, durch die Ablehnung dieser Maßregel Gefahren heraufzubeschwören. Die bedauerlichen Vorgänge in Südwestafrika machen heute dem Gouverneur und der Kolonialverwaltung größte Vorsicht zur Pflicht, selbst in einer Kolonie wie Kamerun, wo Vorgänge im Umfange wie in Südwestafrika selbst für ausgeschlossen gehalten wurden und auch ausgeschlossen sind. Es sollen deshalb die nötigen Mittel für die Verstärkung der Schutztruppe im Ergänzungsetat für 1905 gefordert werden. Ich möchte dem noch hinzufügen, daß nach einem inzwischen eingetroffenen weiteren Telegramm des Gouvernements mitgeteilt wird, daß die Ruhe nirgends gestört ist und daß auch alle Vorkehrungen getroffen sind, damit die Ruhe in Zukunft nicht gestört wird.

Der Etat wird ohne weitere Debatte **bewilligt**.

Beim Etat für **Togo** tritt Abg. **Noren** (Ztr.) für eine **Aufbesserung und Pensionserhöhung der etatsmäßigen Kolonialbeamten** ein und weist die Angriffe zurück, die gegen die **Missionen** in einem Berliner Blatt erhoben sind. Ferner erhebt Redner **gegen eine Anzahl von Beamten schwere Vorwürfe**. Diese Beamten könnten sich freuen, daß sie in Afrika bei den Wilden und nicht in Deutschland wären, da sonst die Strafjustiz längst eingeschritten wäre. Nennen wolle er nicht nennen und auch nicht auf Einzelheiten eingehen, da die **Einzelheiten sich der Wiedergabe entziehen**.

Kolonialdirektor Dr. **Stuebel**: Die Verwaltung legt den größten Wert auf ein gutes Verhältnis zwischen ihren Beamten und den Missionen, wenn dieses Verhältnis gestört werden sollte, wird Remedur eintreten. Der Wert der Missionen wird von uns nicht unterschätzt. In der Auswahl der Beamten wird die größte Vorsicht geübt. Aber für alles, was die Beamten tun, kann man uns nicht verantwortlich machen, denn wir können den Beamten nicht ins Herz sehen und kennen sie nur aus ihren Papieren. Darin, daß die Beamten, die in der Heimat in einem gewissen Milieu der Moral gelebt haben, sich in den Schutzgebieten eine besondere Moral angewöhnen, liegt eine gewisse Schwierigkeit, auf die man Rücksicht nehmen muß.

Abg. **Ledebour** (Soz.) meint, die Beamten sollten in den Kolonien die **Blüte der europäischen Kultur** darstellen und sich nicht eine besondere Kolonialmoral angewöhnen. Redner kritisiert dann die Landerwerbungen längs der Togobahn, man sollte **das Land** nicht den großen Gesellschaften überlassen, sondern den **Negern wieder geben**.

Damit schließt die Debatte. Der Etat wird **bewilligt**.

Es folgt der Etat für **Südwestafrika**.

Die Kommission hat bei diesem Etat die vertragsmäßige Entschädigung an die **Deutsche Kolonialgesellschaft** für die Aufgabe des Rechts an den Einnahmen der **Bergverwaltung**, zahlbar in jährlichen Raten in Höhe des Brutto-Ertrags bis zur Erreichung der Summe von 100,000 M. glatt **gestrichen**.

Als zweite Rate zur betriebsfähigen Wiederherstellung der Hafenanlage in Swakopmund hat die Kommission nur 600,000 M. (statt, wie die Regierung wünschte, 800,000 M.) bewilligt.

Ferner empfiehlt sie die folgende **Resolution** zur Annahme:

Dem Reichskanzler zu ersuchen, zur Prüfung der Rechte und Pflichten und der bisherigen Tätigkeit der Land- und Bergwerksgesellschaften in Südwestafrika eine Kommission zu berufen, zu welcher vom Reichstage zu wählende Mitglieder des Reichstages und koloniale Sachverständige zuzuziehen sind. Der Reichskanzler wird ersucht, den Bericht der Kommission den gesetzgebenden Körperschaften mit Vorschlägen zur Beseitigung etwaiger Mißstände mitzuteilen.

Abg. **Lattmann** (Antis.) kritisiert die von der Regierung vorgelegte Denkschrift über die **Landkonzessionen in Südwestafrika**. Die Denkschrift verschleiere das Verhältnis zwischen Regierung und den großen Gesellschaften. Auch enthalte sie kein Wort über die Einnahmen der Gesellschaften, die meistens in englischen Händen seien. Es fehlten auch die Jahresberichte der Gesellschaften und kein Wort sei über ihren Reingewinn gesagt. Die **Gesellschaften trieben mit dem Land Spekulation**. Fernerin, die Land haben wollten, würde nichts gegeben, weil die Gesellschaften bessere Zeiten abwarten wollten; in anderen Fällen seien **ganz unglaubliche Preise** gefordert, 30 bis 40,000 Mark für den Hektar, das seien doch wahre **Wucherpreise**! Die Firma Seydel & Busch hätte in Swakopmund für den Platz eines Güterschuppens 6000 Mark zahlen müssen. Im Unschlicht forderte die Regierung 1 bis 2 Mark, die Gesellschaften aber 2 bis 5 Mark. Man sollte daher dieser, die Kolonie verwüstenden Landspekulation nach dem System der Bodenreform entgegentreten.

Kolonialdirektor Dr. **Stuebel**: Es ist nicht beabsichtigt gewesen, durch diese Denkschrift die in Aussicht genommene Kommissionsberatung hinfällig zu machen. Ich möchte mich auch deshalb auf eine Diskussion des ganzen hier vorgebrachten Materials über die Landgesellschaften nicht einlassen. Ich will aber doch Verwahrung dagegen einlegen, daß **ihr meiner Beamten** in dem Sinne, wie es hier geschehen ist, als **ein Freund der Landgesellschaften** bezeichnet wird. Ich möchte überhaupt bitten, Beschuldigungen gegen meine Beamten zu unterlassen. (Heiterkeit.) Ich kann für meine Beamten doch in Anspruch nehmen, daß sie ihre Pflicht erfüllen. Die Verantwortung für die Denkschrift übernehme ich ausschließlich, im übrigen, und das hat in auch schon der Vorredner betont, ist diese Denkschrift im wesentlichen eine Erweiterung einer Denkschrift, die im Jahre 1897 dem Reichstag zugegangen ist. Ich beschränke mich auf diese Ausführungen. (Heiterkeit.)

Abg. **Erzberger** (Ztr.) meint auch, die großen Gesellschaften seien nicht, wie es in einzelnen Zeitungen dargestellt werde, ein unschuldiges Kind. Die Regierung könne aber die Siedelungen nicht übernehmen, das würde ein verhängnisvoller Schritt sein. Geklagt werde darüber, daß sich jetzt das **englische Kapital** ganz auf die Kolonie werfe, um das **Bergregt an sich zu nehmen**. Der Kolonialdirektor müsse dagegen Schritte tun.

Abg. **Ledebour** erklärt, für die Resolution stimmen zu wollen. Bedauerlich sei es nur, daß man der **Kommission** nicht das Recht geben wollte, **zeugenartige Vernehmungen** vorzunehmen, wie es von seinen Freunden in der Budgetkommission beantragt sei. Dem Abg. Lattmann könnte er in vielen Punkten zustimmen. Redner geht ausführlich auf die Landgesellschaften ein bei steigender Unruhe des Hauses, worüber Redner sich heftig beklagt und namentlich dem Abg. Erzberger vorwirft, ihn absichtlich zu stören.

Präsident Graf **Ballestrem**: Es liegt doch kein Grund vor, anzunehmen, daß hier eine Absicht bestand.

Abg. Dr. **Paasche** (nl.): Auch meine Freunde werden für die Resolution stimmen, ohne jedoch von vornherein allen Angriffen zuzustimmen, die gegen die Landgesellschaften erhoben sind. Nachdem der Kolonialdirektor erklärt hat, daß die Denkschrift der Kommission nicht präjudizieren soll und daß alle Fragen gründlich erörtert werden sollen, halte ich es nicht für angebracht, auf Grund einzelner, herausgegriffener Beispiele die Gesellschaften hier anzugreifen. Ich halte die Gesellschaften nicht bloß für Spekulationsgesellschaften, das Großkapital spielt keine große Rolle dabei. Viele Kolonialfreunde haben sich aus Interesse an der Sache mit ein paar hundert Mark beteiligt und denken nicht daran, Spekulationen zu machen. Wir müssen erst mal abwarten, wie die Verhältnisse sich entwickeln. Es ist ganz klar: wenn wir heute eine Kolonialpolitik einzenieren wollen, würden wir es ganz anders machen. Aber vor 20 Jahren hielt man Südwestafrika für einen wertlosen Landstrich und schenkte es einfach an die Gesellschaften fort.

Ferner bitte ich den Kolonialdirektor, doch sobald als möglich ein **neues Bergregt für Südwestafrika** in Kraft treten zu lassen, das namentlich dagegen Front zu machen trifft, daß nicht jemand, der einen Schürfschein erworben hat, nun auch für alle Zeiten das Land ausnützen darf. Die Klagen des Abg. Erzberger über **englisches Kapital** waren ganz berechtigt. Namentlich die De Beers-Gesellschaft läßt es sich angelegen sein, Schürfscheine bei uns zu erwerben, um im Interesse ihrer in der Kapstadt belegenen Diamantgruben unsere Kolonie nicht zur Entwicklung kommen zu lassen.

Kolonialdirektor Dr. **Stuebel**: Schon seit mehreren Jahren sind wir dabei, eine Bergverordnung für die Kolonie auszuarbeiten. Wenn diese Verordnung bisher noch nicht Gesetz geworden ist, so liegt das daran, daß umfangreiche Vorarbeiten nötig waren. Dazu haben wir hervorragende Sachverständige wie den Regierungsrat Haber herangezogen, ebenso den Regierungsrat Semper, der leider inzwischen gestorben ist. Diese Bergverordnung ist bereits dem Kolonialrat vorgelegt und diese

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19050320011/fragment/page=0002

gat eine Kommission eingesetzt, um dieselbe zu beraten. Es ist anzunehmen, daß der Kolonialrat in seiner nächsten Tagung, im Juni, diese Bergverordnung beschließen wird. Ferner möchte sich auf die Denkschrift aufmerksam machen, in der ausführlich dargestellt ist, daß wir der Gibeon-Gesellschaft den „blauen Grund" zur Untersuchung und Bearbeitung überlassen haben. Dieses ist eine deutsche Gesellschaft, die mit deutschem Kapital gegründet ist und mit der wir dem englischen Kapital den Weg nach den Schutzgebieten verlegen.

Abg. Dr. **Arendt** (ft.) erklärt, daß auch er für die Resolution stimmen würde, da eine Untersuchung durchaus notwendig sei.

Abg. **Erzberger** (Ztr.) bemerkt, daß es ihm durchaus fern gelegen habe, den Abg. Ledebour vorsätzlich zu stören: Er hätte sich nur in einer wichtigen Angelegenheit mit einem anderen Abgeordneten unterhalten. Im übrigen sei der Abg. Ledebour nicht berechtigt zu verlangen, daß man ihm fortwährend zuhöre. Präsidiale Besugnisse besäße der Abg. Ledebour noch nicht und er (Redner) könnte nur sagen, daß, seitdem er die Schulbank verlassen, noch keiner ihm so begegnet sei, wie heute der Abg. Ledebour.

Abg. Dr. **Müller-Sagan** (frs. Vp.) erklärt, seine Freunde würden für die Resolution stimmen. Viel werde bei der Kommission freilich nicht herauskommen.

Der Etat wird hierauf **bewilligt**, die Resolution wird **angenommen**.

Ohne Debatte werden **angenommen** die Etats für **Neuguinea**, die **Marianen**, die **Karolinen- und Palauinseln**.

Beim Etat für **Samoa** beklagt sich Abg. Dr. **Südekum** über die Behandlung, die einem Weißen durch farbige Polizisten widerfahren sei.

Kolonialdirektor Dr. **Stuebel** ersucht den Redner, ihm seinen Gewährsmann mitzuteilen, er werde den Fall dann dem Gouverneur unterbreiten.

Der Etat wird **angenommen**, ebenso der zum Kolonialetat gehörige Teil des **Auswärtigen Amtes**. Hiermit ist die zweite Beratung des Kolonialetats **erledigt**.

Präsident Graf **Ballestrem** teilt mit, daß der **dritte Nachtragsetat** für 1904 und der **Ergänzungsetat** für 1905 **um 4 Uhr** eingegangen seien.

Hierauf **vertagt** sich das Haus auf **Montag 1 Uhr**. (Militäretat und Militärvorlagen.)

Schluß 6½ Uhr.

Ausland.

Der Krieg in Ostasien.

General Linjewitsch.

Der Name des Nachfolgers Kuropatkins im Oberbefehl hat einen guten Klang in der russischen Armee. General der Infanterie Linjewitsch hat sich bereits im chinesischen Feldzuge bemerkenswert hervorgetan. Sein persönlicher Charakter gilt als ausgezeichnet. Von seinen Leuten, die ihn nur Papascha nennen, wird er geradezu vergöttert. Trotz seines vorgerückten Alters ist er noch sehr rüstig. Wo er gefochten, hat er sich überall als besonnener, kühner, ausdauernder Führer gezeigt. Linjewitsch ist eine Art Blücher-Natur, von deren Führung das russische Heer sich das Beste zu versprechen berechtigt ist. Seine ganze Tätigkeit während des jetzigen Feldzuges wird militärischerseits als tadellos bezeichnet. Hervorragend sei seine Führung auf dem linken Flügel der russischen Armee bei den letzten Kämpfen am Mukden gewesen, wo er mit seinen vier sibirischen Armeekorps, die er fast intakt aus der Schlacht herausgebracht hat, die Schlacht zum Stehen brachte, sein eigener Rückzug über Fuschun auf der Mandarinenstraße und seine Deckung des Rückzuges der beiden übrigen Armeen, indem er auch vor Tieling den Feind aufhielt und ihm schwere Verluste zufügte. Wie die „Köln. Ztg." erfährt, sind alle russischen Truppenkorps wieder gesammelt; auch sind die Gesamtverluste der russischen Armee nicht so groß, wie die japanischen Nachrichten sie darstellten. Auch die Brigade Orbeliani (Daghestan-Reiterei) von der Abteilung Rennenkampfs, die eine Zeitlang für verloren angesehen war, hat sich, allerdings unter großen Verlusten, durchgeschlagen und wieder eingefunden! ebenso wird bestritten, daß General Bilderling gefallen sei. Kein einziges schweres Geschütz ist in die Hände der Japaner gelangt, was überhaupt unmöglich war, denn Kuropatkin hatte sie bereits früher aus den Positionen genommen und nach Norden schaffen lassen. Aus dieser Maßnahme ist zu ersehen, daß Kuropatkin die Stellung bei Mukden schon vorher als unhaltbar aufgefaßt hatte, was auch den Angaben entsprechen würde, wonach seine Absicht von Anbeginn gewesen sei, allmählich bis Charbin zurückzugehen, die Japaner tiefer ins Land hineinzuziehen, ihre rückwärtigen Verbindungen zu erschweren, in Charbin weitere Truppenmachschübe abzuwarten und dort die Hauptschlacht zu liefern. Die Aufgabe Linjewitschs wird zunächst nicht leicht sein; doch ist beschlossen worden, unverzüglich als Verstärkung der auf dem Kriegsschauplatze befindlichen Armee etwa 280,000 Mann sowie zwei unter dem Oberbefehl des Generals Grippenberg neu zu formierende Armeekorps zu entsenden.

Die Flucht der Russen.

Aus Tokio meldet das Reutersche Bureau vom 19. d. M.: Ein Teil der japanischen Truppen verfolgt die Russen bei fortgesetztem Vormarsch bis Kalguta, das die Russen am Sonnabend räumten, nachdem sie die Eisenbahnstation in Brand gesetzt hatten.

General Linjewitschs erste Kriegsmeldung.

Ein Telegramm des Generals Linjewitsch vom Sonnabend meldet: Japanische Batterien beschossen am Freitag die russischen Truppenabteilungen in den Tälern bei Tabanpun und Yanpun. Der Feind wurde bei Kaotaitse bemerkt. Die Stadt Fatumin wurde von japanischer Kavallerie besetzt. Die Armeen fahren fort sich zu konzentrieren.

Ein japanischer Torpedobootzerstörer im Sturm gescheitert.

Der „Daily Telegraph" meldet aus Yokohama vom Sonntag: Während eines Sturmes verloren die Japaner an der Küste von Indochina einen Torpedobootszerstörer.

Der Dank des Mikado.

Der Kaiser von Japan hat an die japanischen Armeen in der Mandschurei folgende Botschaft gesandt:

Seit dem Herbste hatte der Feind starke Verteidigungswerke in Mukden errichtet und das Gebiet mit großen Streitkräften besetzt, aber unsere Armeen haben, vertrauend auf den Sieg, dem Feinde zuvorkommend, kühn die Offensive ergriffen und nach heftigen Kämpfen, die mehr als zehn Tage und zehn Nächte dauerten, trotz Schnee und eisigen Windes ihren mächtigen Gegner geschlagen, indem sie ihn auf Tieling zurückdrängten, Zehntausende von Gefangenen machten und andere ernste Verluste beibrachten. In der Tat haben durch diesen Sieg unsere Armeen das militärische Prestige des Landes im Innern und im Auslande erhöht. Wir sind vollständig befriedigt von dem Mute und der Ausdauer, welche Offiziere und Mannschaften bewiesen haben, und wir rechnen auf noch viel höhere Taten in Zukunft.

Marschall Oyama hat bekanntlich alle Siege der Weisheit und Tugend des Mikado zugeschrieben.

Die Unruhen in Rußland.

Zur Lage in Petersburg.

Für die nach auswärts verbreitete Nachricht, Kokowzow gehe, fehlt die Bestätigung, obwohl die Nachricht von Beamten des Finanzministeriums ausgeht. Kokowzow und Bulygin haben gleiche Ansichten über die Reformen und sind Gegner einer Verfassung. Gemäßigte Blätter mit Lichtomski an der Spitze leiten einen Kampf gegen die „Nowoje Wremja" ein. Suworin senior wird der Künstlichkeit angeklagt. Suworin habe die Intelligenz verführt, irregeführt und Verhetzung gegen Nationalitäten und Nachbarstaaten getrieben. Daraus wird vermutlich ein großer politischer Skandal. Von 400,000 gegen Japan zu mobilisierenden Soldaten stehen 150,000 seit Januar ausgebildet zur Verfügung; die übrigen sollen in drei Abteilungen März, Mai und Juni einberufen werden. Die Anhänger der Kriegspartei versuchen die bevorstehenden Schwierigkeiten. Der sozialistische „Bund" verbreitet Aufrufe, die zur Verhinderung der Mobilmachung mit allen Mitteln auffordern. In Petersburg werden ernste Unruhen vor Mitte April nicht erwartet.

Der verhängnisvolle Salutschuß.

Aus Petersburg, 18. März, wird telegraphiert: Die Untersuchung des zwischenfalles beim Salutschießen während des Festes der Wasserweihe am 19. Januar stellte endgültig das Fehlen einer böseren Absicht fest. Das Kriegsgericht verurteilte wegen Unterlassung dienstlicher Obliegenheiten den Kapitän Dawydow, den Stabskapitän Karzew und den Unterleutnant Roth II zum Verlust gewisser Vorrechte, zur Dienstentlassung ohne Verlust des Ranges und zu folgenden Festungsstrafen: Dawydow zu 1½ Jahren, Karzew zu 1 Jahre 5 Monaten, Roth II zu 1 Jahre 4 Monaten. Außerdem wurden verurteilt: Roth II zu 3 Monaten Arrest auf der Wache und Einschränkung gewisser Vorrechte, der Geschützführer Gondarew und der Kanonier Apalkow zum Verlust gewisser Vorrechte und Einstellung in das Arrestantenbataillon auf 2 Jahre. Oberstleutnant Polowzew und Geschützführer Patrikejew sind freigesprochen worden.

Eine Verhaftung in Zarskoje Selo.

Ein Page am Hofe des Zaren ist verhaftet worden. Wie man erfährt, handelt es sich um einen unteren Beamten am Hofe in Zarskoje Selo, einen Sohn des Admirals Werchowskij. Der junge Mann hatte sich, wie man der „Times" meldet, durch ultra-liberale Ansichten verdächtig gemacht und es wurde darauf in den von ihm bewohnten Räumen eine Haussuchung veranstaltet, wobei man eine große Menge verbotener Literatur, einschließlich von Formeln zur Anfertigung von Bomben, entdeckte. Man glaubt, daß auch die Drohbriefe, die in letzter Zeit auf dem Tische des Zaren gefunden worden sein sollen, von dem jungen Werchowskij herrühren.

*

In Kasan wurde ein von auswärts zugereister Mann verhaftet, welcher dortigen Banken Wertpapiere zu verkaufen versuchte; diese hatten, wie festgestellt wurde, Leuten gehört, die bei den blutigen Zusammenstößen in Baku umgekommen waren. Der Mann gab, als man ihn verhaftete, Schüsse ab und machte dann einen Selbstmordversuch. Es wurden bei ihm für über 200,000 Rubel Wertpapiere gefunden.

In Durben veranstaltete am Sonnabend eine Menge von 400 Personen, unter Vorantragung roter Fahnen, eine Demonstration; die Menge wollte die Landarbeiter zwingen, zu feiern. Zwei Kompagnien Soldaten zerstreuten die Demonstranten und verhafteten viele von ihnen.

Der „Nowoje Wremja" wird aus Baku unterm 18. März gedrahtet: Die jüngsten Unruhen sind zweifellos das Werk der armenischen Revolutionskomitees. In dem statistischen Bureau des Stadtamts wurde die Bibliothek des örtlichen Komitees aufgefunden; daselbst sind auch 10 Personen verhaftet worden. Unter den hier Verhafteten befinden sich 39 Anarchisten.

Der San Domingo-Vertrag.

Der Senat in Washington vertagte sich auf unbestimmte Zeit, ohne hinsichtlich des Vertrages mit San Domingo einen Beschluß gefaßt zu haben.

Oesterreich-Ungarn.

Aus Budapest, 19. März, wird gemeldet: Aus Anlaß des morgen wiederkehrenden Todestages Ludwig Kossuths veranstalteten die Bürger der Hauptstadt gemeinsam mit der Unabhängigkeitspartei eine Trauerfeier. Eine nach Tausenden zählende Menge zog zum Grabe Kossuths, wo zahlreiche Kränze niedergelegt wurden.

Der Kaiser von Oesterreich empfing Sonntag nachmittag 1 Uhr in besonderer Audienz den hiesigen chinesischen Gesandten Yang-Tscheng, welcher ein eigenhändiges Schreiben des Kaisers von China überreichte. Der Kaiser reiste alsdann nach Budapest ab.

Schweiz.

Die eidgenössische Gesetzesvorlage betreffend Ausdehnung des Patentschutzes auf chemische Verfahren und Produkte wurde in der gestrigen Volksabstimmung bei schwacher Beteiligung mit rund 200,000 gegen 85,000 Stimmen angenommen.

Provinzialnachrichten.

* **Magdeburg**, 19. März. (Landfeuersozietäten. — Prüfung.) Gestern hat in Sachen der Verschmelzung der Feuersozietäten der Provinz Sachsen die angekündigte vertrauliche Sitzung in Magdeburg stattgefunden. Zu irgend welchen bindenden Beschlüssen ist es in ihr nach der „Magd. Ztg." nicht gekommen. Es hat sich lediglich um vorbereitende Schritte für eine etwaige Verschmelzung gehandelt, wobei die Frage einer Verlegung des Sitzes der Verwaltung noch nicht berührt worden ist. — Die diesmalige Einjährig-Freiwilligen-Prüfung vor der hiesigen Kgl. Prüfungskommission fand in den Tagen vom 13. bis 18. März statt. Es hatten sich dazu 39 junge Leute aus dem Regierungsbezirk Magdeburg gemeldet; von diesen bestanden 18.

+ **Eisleben**, 19. März. (Fackelzug. — Versetzungen.) Gestern abend brachten die Schüler der Bergschule dem scheidenden Direktor derselben, Herrn Kgl. Bergrat Richter, welcher nach Nordhausen überscheidet, einen Fackelzug. — Zum 1. April ist der Steuerinspektor Börsch von hier nach Erfurt versetzt. — Vom hiesigen Kgl. Lehrerseminar scheidet der Oberlehrer Jäger, früher in Halle, am 1. Juli, um die Leitung des von Pastor v. Bodelschwingh in Bielefeld errichteten Prediger-Seminars zu übernehmen.

§ **Hettstedt**, 19. März. (Eine unfreiwillige Arbeitseinstellung) erfahren die Arbeiter der hiesigen Mansfelder gewerkschaftlichen Maschinen-Werkstatt. Diese ist durch ihre umfangreichen, der Neuzeit entsprechenden Maschinneneinrichtungen allen Anforderungen derart gewachsen, daß den 200 Arbeitern von morgen ab die Arbeitszeit um 2 Stunden gekürzt wird. Früher beschäftigte die Werkstatt sogar ca. 400 Arbeiter.

* **Quedlinburg**, 19. März. [Eine Schwindlerin], die ledige Minna Duldhardt von hier, ist in Magdeburg festgenommen worden. Sie hatte in einem dortigen Abzahlungsgeschäft Möbel von bedeutendem Wert entnommen, um sie sofort wieder zu verkaufen. Um sich unkenntlich zu machen, trug die Schwindlerin eine blonde Perücke. Sie soll übrigens im Lande herumgereist sein und an verschiedenen Orten ähnliche Schwindeleien verübt haben.

— e. **Zörbig**, 18. März. [Berufung.] Als Lehrerin an den gehobenen Klassen unserer Volksschule ist Fräulein Buchholz aus Eilenburg gewählt worden, welche die Wahl angenommen hat und ihr neues Amt mit dem 1. April antreten wird.

* **Weißenfels**, 19. März. [Provinzial-Denkmäler-Kommission.] Wie erkundet sollte im Frühjahr hier eine Sitzung des geschäftsführenden Ausschusses der Provinzial-Denkmäler-Kommission stattfinden. Schon waren dazu zahlreiche Einladungen ergangen, als der Tod des Oberbürgermeisters Dr. Brecht (Quedlinburg) dazu nötigte, die Sitzung abzusagen. Nunmehr findet diese samt den damals geplanten Veranstaltungen am 5. und 6. April im Hotel „Zum Schützen" hier statt.

⊙ **Hohenmölsen**, 19. März. [Vermißt] wird seit einigen Tagen der von hier gebürtige 22 Jahre alte Hermann Dost.

— [Ordensverleihungen.] Verliehen wurde: Den pensionierten Oberpostschaffnern Matthias Hahnenberg zu Magdeburg und Karl Siege zu Eisenach das Allgemeine Ehrenzeichen.

* **Eisenach**, 19. März. [Kaiser Wilhelm] wird, wie in früheren Jahren, so auch jetzt wieder, teilt die „Eisen. Tagesp." mit, vermutlich Ende dieses oder Anfang nächsten Monats nach Eisenach und auf die Wartburg kommen. Er wird von hier aus wahrscheinlich Jagdausflüge in das Wahnsger und Zillbacher Revier unternehmen, wo er in früheren Jahren oft der Auerhahnbalz folgte.

* **Eisenach**, 19. März. [Thüringerwaldverein. — Todesfall.] Der Thüringerwaldverein begeht am Freitag sein 25jähriges Jubiläum. Er wurde am 24. März 1880 durch den noch hier lebenden Kommerzienrat Weidner gegründet. Dem Hauptvereine gehören 160 Vereine an. — Die Oberin des Diakonissen-Mutterhauses für Thüringen, Frl. von Pappenheim, ist gestern gestorben.

G. **Cöthen**, 20. März. [Gedenkfeier.] Aus Anlaß des 90. Geburtstages des Alt-Reichskanzlers Fürsten Bismarck veranstaltet die hiesige Studentenschaft am 22. März, am Geburtstage weiland Kaiser Wilhelms I., eine Gedenkfeier im hiesigen Konzerthaus. Der Ueberschuß des Festes ist für die Errichtung eines Bismarck-Denkmals hier bestimmt.

* **Leipzig**, 19. März. [Vermächtnis. — Rabenmutter.] Der am 5. Dezember 1904 in Freiburg i. B. verstorbene Privatmann Friedrich Wilhelm Krügel hat dem hiesigen Orchesterpensionsfonds 100,000 Mark letztwillig zugewendet unter der Bedingung, daß seiner Universerbin für deren Lebensdauer eine Leibrente von jährlich 3000 Mark gewährt wird. — Wegen grausamer Mißhandlung ihres mit in die Ehe gebrachten 6jährigen Knaben erfolgte gestern die Verhaftung einer in der Blumenstraße in L.-Gohlis wohnhaften 26 Jahre alten Schreibersehefrau. Die Rabenmutter traktierte das bedauernswerte Kind fortgesetzt in der unmenschlichsten Weise derart, daß für sein Leben Gefahr besteht. Das Kind wurde auf ärztliche Anordnung in das Kinderkrankenhaus gebracht.

Leitung: Otto Sonne.

Verantwortlich für den politischen Teil: Dr. Fritz Wichmann; für den lokalen Teil: Heinrich Goeres; für Provinzialnachrichten: Jean Eschweiler; für das Feuilleton: Dr. Arthur Ploch; für den Handelsteil: Ernst Böhme; für den Inseratenteil: Carl Romacker. Druck und Verlag von Otto Hendel. Sämtlich in Halle a. S.

— Diese Nummer umfaßt 14 Seiten —
(einschl. „Unterhaltungsblatt").

NESTLE's Kindermehl.
Altbewährte Nahrung
für Kinder, Kranke, Genesende. Verhütet u. beseitigt Diarrhoe, Brechdurchfall, Darmkatarrh.

Ueberall zu haben
Sarg's Kalodont
unentbehrliche Zahn-Creme.
erhält die Zähne rein, weiss und gesund.

Von Mittwoch den 22. März ab gelangen
ca. 70,000 Meter Seidenstoffe
für Blusen, Kostüme etc. etc. zu ganz enorm billigen Preisen
zum Verkauf.
Geschäftshaus J. Lewin
Halle a. S., Marktplatz 2 u. 3.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19050320011/fragment/page=0003

Töchterheim
Erfurt-Hochheim in Thür.

Im April finden noch einige junge Mädchen freundliche Aufnahme zur gründlichen Erlernung von **Küche und Haushalt**, zu **wissenschaftlicher** und **gesellschaftlicher** Fortbildung, sowie zur Kräftigung der **Gesundheit**. Außerdem wird **Unterricht** ert in Sprachen, Musik, Malen, in feinen u. praktischen Handarbeiten. **Herrliche, gesunde Lage am Walde.** Vorzügl. Empfehl. von Eltern früh. Pensionäre. Honorar 850 M. Prospekte durch die Vorsteherin Fräulein **M. Peters.**

Vernickeln,
Verkupfern, Verzinnen,
Bronzieren
bei **Ferd. Haassengier,**
Metallwaren-Fabrik,
Barfüßerstr. 9. Fernspr. 1196.

Kinderwagen,
Sportwagen,
Schreibpulte
empfiehlt
J. F. Junker,
Poststraße 6,
Näthers Niederlage.

Möbel!!

Durch großen günstigen Gelegenheitseinkauf kann besonders preiswert abgeben: Komplette Salon-, Speise-, Wohn-, Schlafzimmer- und Küchen-Einrichtungen, sowie Büfetts, nußb. u. eich. Kredenz, Zwei- und Vierzugtische, Lederstühle, Bücherschränke mit und ohne Truhe, Herrenschreibtische, Schreibsessel, Seiden-, Plüsch-, Tuchgarnituren, Paneelsofa, Taschen- und Stoffdiwans, Vertikos, Kleiderschränke, Bettstellen mit und ohne Matratzen, Smyrna-Teppiche, Portieren.

Wirtschaften im Preise von 150 bis 3000 M. stets am Lager.

Friedrich Peilcke,
Geiststraße 25.

Waschgefäße
dauerh., bill. **Zauder,** Gr. Klausstr. 12.
Mitglied des Rabattsparvereins.

Lehrer-Gesangverein Halle
Leitung: Prof. **Reubke.**

Dienstag den 21. März nachmittags Punkt 5 Uhr Uebung im Saale der Volksschule.

Kaufmännischer Turnverein
zu **Halle** (gegr. 1875).
Vereinslokal: Paradiesgarten (Ratswerder 3).

Turnübung

a. der **Herren-Abteilung Mittwoch** und **Sonnabend** abends von 8½ bis 10 Uhr in der Turnhalle **Schule Dreyhauptstraße**, der **Altersriege Mittwoch** abends von 9 bis 10 Uhr ebendaselbst. Turnleiter: **R. Lorenz**, Schwetschkestraße 11a.

b. der **Damen-Abteilung Freitag** abends von 8 bis 9½ Uhr in der Turnhalle der Höheren Mädchenschule Gartenstraße. Leiterin: Frl. **Seiß**, Turnlehrerin, Kurfürstenstr. 80.

Anmeldungen werden im Vereinslokal, von den Turnleitern, sowie den Herren **Max Müller**, Leipzigerstr. 84, und **Wilhelm Münster**, am Markt, entgegengenommen.

Louis Soest & Co., m. b. H. Reisholz-Düsseldorf.
Gegr. 1866. **Maschinenfabrik u. Eisengiesserei.** Neuanlage 1901.

Abteilung I: Moderne **Dampfmaschinen,** Fördermaschinen und Förderkabel mit Dampf- u. elektr. Antrieb.

Abteilung II: **Zerkleinerungs- und Aufbereitungsmaschinen.** Moderne Transmissions-Anlagen.

Abteilung III: Moderne **Gaskraftmaschinen** von 8 PS. aufwärts bis 2000 PS. **Kompl. Saug- u. Druckgas-Anlagen.**

Generalvertretung für Prov. Sachsen, Anhalt und Thüring. Staaten:
E. W. Neumann, Ingen.-Bureau, Halle a. S.,
Inh. **G. Proskauer,** Zivil-Ing. Kirchnerstr. 10, Fernspr. 994.
Kostenlose Anfertigung von Projekten und Kostenanschlägen.

Franz Wolff
Färberei und chemische Waschanstalt.

Zum bevorstehenden Umzuge bringe ich mein der Neuzeit entsprechendes
Etablissement für Färberei u. chemische Reinigung
von **Möbelstoffen, Portieren, Gardinen, Teppichen, Fellen etc.**
in empfehlende Erinnerung.

Spezialität: **Chemische Teppichreinigung auf schonendste Art durch besonders dazu eingerichtete maschinelle Anlagen. (Kein Klopfwerk.)**

Rücklieferung in einigen Tagen. Abholen und Zustellen durch eigene Geschirre kostenfrei.
Fabrikfernruf 44 Amt Ammendorf.
6 eigene Läden in Halle a. S.

Kegelbahn
einige Tage in der Woche nachmittags **noch frei.**
Mars la Tour.

Stenotachygraph. Gesellschaft
zu **Halle a/S.**
Dienstag abends 8½ Uhr **Sitzung** u. **Uebung** im Vereinslokal **Central-Hotel** (Talamtstr. 9).

Allgem. Hall. Turnverein
(gegr. 1861).
Vorsitzender: **G. A. Seebach,** Neumarktstraße 7.
Gelegenheit z. **Turnen** finden:

Jünglinge und Erwachsene Abt. I und II.: Montag und Donnerstag abends 8–10 Uhr Turnhalle am Roßplatz. Leiter: Turnwart W. Klinz, Hermannstraße 6.

Aeltere Herren Abt. III.: Dienstag und Freitag abends 6–8 Uhr Turnhalle an der Dreyhauptstr. Leiter: Vorturner Otto Thielicke, Forsterstraße 56, I.

Mädchen und Frauen Abt. IV. a) Montag abends 8–9½ Uhr, b) Donnerstag abends 6–7½ Uhr Turnhalle an der Dreyhauptstraße. Leiterin: Turnlehrerin Fräul. Fahlberg, Steinweg 48.

Schülerinnen Abt. IVc: ebendaselbst Freitag nachmittag 4–5½ Uhr.

Zum Spielen Abt. V. (alle Altersklassen): Sonntag morgens 8–10 Uhr auf dem „Sandanger." Leiter: Vorturner Reichert, Kl. Klausstraße 3.

Anmeldungen nehmen die Leiter und der Turnrat jederzeit entgegen.

DAVID'S MIGNON-KAKAO
pr. Pfd. Mk.: 1,60, 1,80, 2,00 u. 2,40 ist das feinste Fabrikat der Neuzeit.
FR. DAVID SÖHNE, HALLE A.S.

DAVID'S MIGNON-SCHOKOLADE
p. ¼ Pfd. Packet 40, 50, 60 Pfg. ist das feinste Fabrikat der Neuzeit.
FR. DAVID SÖHNE, HALLE A.S.

Wascht mit Schwan-Seifenpulver

Staatliche Pensionsversicherung der Privatbeamten.

Dienstag den 21. März 1905, abends 9 Uhr
im großen Saale des **„Wintergarten"**
öffentliche Privatbeamten-Versammlung.

Tages-Ordnung: **„Erfolge und Aufgaben der Bewegung für staatliche Pensionsversicherung der Privatangestellten".**
Referent: **Herr Dr. Heinz Potthoff-Charlottenburg, Mitglied des Reichstages.**
Nach dem Vortrage: Diskussion.

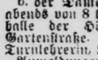
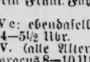
Zu dieser Versammlung laden wir alle Privatbeamten, wie auch die Herren Prinzipale höflichst ein und bitten im Interesse der großen Bedeutung, die die zu erstrebende Versicherung für die Zukunft des Privatbeamtenstandes hat, um zahlreichen Besuch.

Die Vereinigung für Pensions-Versicherung der Privatbeamten
auf staatlicher Grundlage zu Halle a. S. und Umgebung.

Hallescher Wohnungs-Mieter-Verein.
Mittwoch den 22. März d. Js., abends 8½ Uhr
Versammlung
im Restaurant **„Schultheiss"**, Poststraße 5.

Vortrag: Die Gebührenordnung für die Benutzung der städtischen Kanäle im Bezirke der Stadtgemeinde **Halle a. S.**
Mieter als Gäste willkommen. **Der Vorstand.**

Wein-Restaurant „Hotel Tulpe"
Mittwoch den 22. März 1905
Souper à 2 u. 3 Mk.
10 Austern 1,60 Mk. **Speisen à la carte.**
Tafel-Musik.

Felsenburgkeller.

Inh. Wilhelm Benze. Telephon 1810.
Dienstag den 21. d. Mts.
Großes Schlachtefest.

Früh Wellfleisch, abends div. Wurst und Suppe, wozu freundl. einladet d. O.

Beschreibende Darstellung
der älteren
Bau- und Kunst-Denkmäler
der Stadt Halle und des Saalkreises.

Von
Gustav Schönermark,
Architekt.

Lexikonformat, 616 Seiten.
Mit 32 Tafeln und gegen 400 in den Text gedruckten Abbildungen.
Preis in elegantem Ganzleinenband 23 Mark

Inhalt:

I. Die Stadt Halle.

A. Kirchliche Bau- und Kunstwerke. Geschichtliche Einleitung mit Nachtrag. Die Kirche zu U. L. Frauen. Halleschеs Wahrzeichen an der Marktkirche. Halleschеs Wahrzeichen im Hause Leipzigerstrasse No. 107. Kunstwerke der Marktkirche. Die St. Moritzkirche. Holzsäulen an der Herrenstrasse No. 12. Kunstwerke der St. Moritzkirche. Die St. Ulrichskirche. Kunstwerke der St. Ulrichskirche. Die Domkirche. Kunstwerke der Domkirche. Predigerhäuser am Dom. Die Neumarktkirche. Kunstwerke der Neumarktkirche. Die Glauchaische Kirche. Kunstwerke der Glauchaischen Kirche. Der rote Turm. Die Betsäule.

B. Profane Bau- und Kunstwerke. Die Moritzburg. Die Stadtmauern, Tore u. s. w. Das Rathaus. Andere Profanbauten. Holzhäuser. Steinbauten. Portalentwicklung. Einzelne Bauwerke: Kühler Brunnen. Residenz. Haus Brüderstrasse No. 8. Haus der Ecke Marktplatz-Kleinschmieden. Wagegebäude. Die Neumühle. Das Talhaus. Die Schärne. Portal Leipzigerstrasse No. 5. Marienbibliothek. Haus Grosse Ulrichstrasse No. 55. Stadt-Gottesacker. Kunstgeschichtliche Uebersicht.

II. Der Saalkreis.

Einleitung. Ammendorf. [illegible]steebitz. eeseda u. eesen. eesenlaublingen. Böllberg. Brachstedt. Brachwitz. Braschwitz. Büschdorf. Canena. Cönnern. Dachritz. Dalena. Dammendorf. Deutleben. Diemitz. Dieskau. Dobis. Döblitz. Döllnitz. Dössel. Domnitz. Dornitz. Eismannsdorf. Garsena. Giebichenstein. Gimritz. Görbitz. Grosskugel. Gutenberg. Hohenedlau. Hohenthurm. Kaltenmark. Kirchedlau. Krosigk. Lobendorf. Lettewitz. Lettin. Lieskau. Lochau. Löbejün. Löbnitz a. d. Linde. Merbitz. Mitteledlau. Mötzlich. Mori. Müchein. Nauendorf am Petersberge. Neutz. Niemberg. Nietleben. Oppin. Osmünde. Peissen. Petersberg. Plössnitz. Poplitz. Priester. Radewell. Reideburg. Rothenburg. Schiepzig. Schlettau. Schwerz. Seeben. Sennewitz. Sieglitz. Spickendorf. Sylbitz. Teicha. Trebitz. Trebnitz. Trotha. Untermaschwitz. Unterpeissen. Wallwitz. Wettin. Wieskau. Wörmlitz. Zscherben. Kunstgeschichtliche Uebersicht zum Saalkreise. Nachtrag.

Otto Hendel,
Verlags-Buchhandlung,
Halle a. S.

Zur Aufführung im Stadttheater in Halle S.
Dienstag den 21. März 1905
Die Jungfrau v. Orleans.
Eine romantische Tragödie in 14 Auftritten
von
Friedrich von Schiller.
Mit dem Bilde des Dichters.
kl. 8⁰ (120 S.).
Preis geb. 25 Pf., in Leinenbd. 50 Pf.

Verlag von Otto Hendel in Halle a. S.

Stadttheater Halle S.
Dienstag den 21. März 7½ Uhr
180. Ab.-V. 4. V. Beamtenkarten gültig.
Die Jungfrau von Orleans.
Schauspiel in 5 Akten v. Fr. v. Schiller.

Personen.

Karl der Siebente, König von Frankreich	M. Kaufmann
Königin Isabeau, seine Mutter	M. Brandow
Agnes Sorel, s. Geliebte	J. Navenau
Philipp der Gute, Herzog von Burgund	J. Heinz
Graf Dunois, Bastard von Orleans	H. Götz
La Hire) königliche	Emil Landerer
Du Chatel) Offiziere	C. Scholling
Erzbischof von Rheims	Alb. Aumann
Chatillon, ein burgundischer Ritter	R. Böttcher
Raoul, ein lothringischer Ritter	R. Nonnenbruch
Talbot, Feldherr der Engländer	W. Sieg
Lionel) englische	C. Alving
Fastolf) Anführer	M. Krüger
Ein englischer Herold	Th. Raven
Thibaut d'Arc, ein reicher Landmann	Fr. Berend
Margot } seine Töchter	H. Schramm
Louison } seine Töchter	M. Adolphi
Johanna } seine Töchter	F. Wagner
Etienne } ihre Freier	F. Buckisch
Claude Marie } ihre Freier	A. Naß
Raimond } ihre Freier	C. Stahlberg
Bertrand, ein anderer Landmann	A. Amberg.
Köhler	Fr. Alexander
Köhlerweib	M. Müller
Köhlerbub	L. Müller.

Neues Theater
Direktion: **E. M. Mauthner.**
Dienstag den 21. März, abends 8⁵
Zum letzten Male: **Im Hafen.**
Mittwoch **4 Uhr nachm. Extra-Vorst. 60, 40, 20 Pf. Kilometerfresser.**
Abends 8⁵ **Gastspiel des Leipziger Schauspielhauses**
Seine Kammerjungfer.
Vorher: **Literatur.**

Walhalla-Theater
Inhaber: **Otto Herrmann.**
The Georgia Piccamimics
aus Amerika.
Szene aus dem Plantagenleben der Neger,
ferner:
10 neue Debüts.
Tageskasse ab 10 Uhr geöffnet.

Apollo-Theater
Direktion: **Gustav Poller.**
Le trois belles Danoises,
3 Damen, phänomenale Leiterkünstlerinnen.
Regal-Trio
hervorragender Kraftakt „In der Schmiede".
The 4 Brustons,
Damen-Gesangs- und Tanz-Ensemble.
Theo Giese
Soloschauspieler u. Humorist mit gänzlich neuem Programm.
Albino u. Lydia,
Equilibristen an der elektrischen Lyra.
Mr. Garcia
mit seinen Vorführungen: Komische Leinwand Gespenster.

Auswärtige Theater.
Dienstag den 21. März 1905.

Altenburg. Hoftheater: Die Frau vom Meere.
Erfurt. Stadtth.: König Drosselbart.
Gotha. Hoftheater: Der Waffenschmied.
Leipzig. Neues Theater: Kabale und Liebe. — Altes Theater: Undine. — Schauspielhaus: Nora. — Theater am Thomasring: Traumulus.
Magdeburg. Stadttheater: Der Vogt auf Mühlstein.

Rödel's Restaur.
Sophienstr. 17.
Dienstag den 21. März
Schlachtefest.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19050320011/fragment/page=0004
DFG